Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8028**
14. Wahlperiode 22. 01. 2002

Antrag

der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Dr. Christian Ruck, Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, Georg Girisch, Kurt-Dieter Grill, Helmut Lamp, Dr. Paul Laufs, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Franz Obermeier, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Repnik, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Werner Wittlich und der Fraktion der CDU/CSU

Kyoto–Bonn–Marrakesch, ein wichtiger Schritt für die internationale Klimapolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Verhandlungsergebnisse der siebten Weltklimakonferenz von Marrakesch sind ein wichtiger Schritt für die internationale Klimapolitik.

Die erzielte Einigung ist ein tragfähiger Kompromiss und erfreulich ist, dass den überzogenen Vorstellungen, beispielsweise der Umbrella-Gruppe bei der Anrechnung der Senken, nicht nachgegeben wurde.

Das Verhandlungsergebnis kann erst der Startschuss für einen langfristigen Erfolg des internationalen Klimaschutzes sein; Ziel muss es sein, wichtige Länder, wie die USA, in diesen Prozess einzugliedern.

Wesentlich ist nunmehr, dass die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention den Ratifizierungsprozess zügig einleiten.

Die Welt hat keine Zeit mehr, abzuwarten, bis die letzte Gewissheit über das Ausmaß des Klimawandels besteht. Sie muss aus Gründen der Vorsorge unverzüglich handeln. Je früher wir handeln, umso wirkungsvoller beugen wir den Gefahren sozialer und wirtschaftlicher Verwerfungen vor.

Eine erfolgreiche Klimapolitik ist ohne Kooperation mit den Schwellen- und Entwicklungsländern nicht denkbar. Schon in wenigen Jahrzehnten werden mehr als die Hälfte der CO_2-Emissionen auf diese Länder entfallen. Das Schicksal des Weltklimas wird dann von Nationen wie China, Indien und Indonesien, mit bereits heute über 2,5 Milliarden Menschen bestimmt. Flexible Instrumente, wie sie auch das Kyoto-Protokoll vorsieht, könnten die Grundlage einer solchen Zusammenarbeit zwischen Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern sein. Hier liegen wesentliche Effizienzpotentiale für die Klimapolitik. Sie müssen durch eine geschickte Verknüpfung von Kapital aus den Industrieländern und flexiblen Instrumenten ausgenutzt werden. Die Kombination von Klimaschutzpolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Privatinvestitionen birgt die Chance, die globale Herausforderung des Klimawandels, insbesondere auch durch einen verstärkten Technologietransfer, zu bewältigen. Technologie-, Know-how- und Kapitaltransfer in die Schwellen- und Entwicklungsländer ist der beste Klimaschutz.

Allerdings muss der Schutz von wichtigen, stabilen und natürlichen Speichern – wie vor allem Primärwäldern und Feuchtgebieten – im internationalen Rahmen stärker als bisher gefördert werden, als eine weitere Grundlage für eine internationale Klimapolitik.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die für eine zügige deutsche Ratifizierung des Kyoto-Protokolls erforderlich sind,
2. sich intensiv bei den Vertragspartnern der EU sowie international für eine Ratifizierung des Kyoto-Protokolls einzusetzen,
3. sich intensiv darum zu bemühen, die USA zu einer positiven Bewertung der internationalen Klimaschutzbemühungen zu veranlassen und sich am globalen Klimaschutz aktiv zu beteiligen,
4. die Anstrengungen der Entwicklungsländer zur Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer forstlichen Ressourcen hinsichtlich einer notwendigen Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen stärker zu unterstützen,
5. in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Wirtschaftsverbänden der Bundesrepublik Deutschland schlüssige Konzeptionen zu entwerfen, die den Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern ermöglichen, mit steigendem Wohlstand die Klimarisiken nicht zu erhöhen,
6. ein Konzept zur Schaffung internationaler Rahmenbedingungen für den Emissionshandel vorzulegen,
7. Modelle für die flexiblen Instrumente (Handel und Emissionsrechte, Joint Implementation und Clean Development Mechanismen) zu erarbeiten, die kompatibel sind mit dem nationalen Instrument der Selbstverpflichtung,
8. darzulegen, wie ein schlüssiges nationales Programm über die Darstellung abstrakter Ziele hinaus zur Einhaltung des zugesagten deutschen Klimaschutzzieles realisiert werden kann.

Berlin, den 21. Januar 2002

Dr. Peter Paziorek
Dr. Christian Ruck
Cajus Caesar
Marie-Luise Dött
Georg Girisch
Kurt-Dieter Grill
Helmut Lamp
Dr. Paul Laufs
Vera Lengsfeld
Bernward Müller (Jena)
Franz Obermeier
Christa Reichard (Dresden)
Hans-Peter Repnik
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Werner Wittlich
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333